

# Verwaltungsentwicklung

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2010, VSt-1182/248, übermittelte die Verbindungsstelle der Bundesländer im Auftrag von Niederösterreich die auf dem Beschluss der Landeshauptleuterkonferenz vom 6. September 2010 basierende sowie mit Vertretern des Bundes auf Beamtenebene in mehreren Verhandlungsrunden abgestimmte Deregulierungsliste an alle Bundesländer. Diese Liste wurde am 11. Oktober 2010 in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Bundesregierung und der Bundesländer abgestimmt.

Zahlreiche Deregulierungsvorschläge werden bereits mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten und sollen entweder im Rahmen der Budgetbegleitgesetze oder außerhalb der Budgetbegleitgesetze beschlossen werden.

Landeshauptmann Günther Platter leitete die Arbeitsgruppe "Deregulierung". Er konnte dabei auf die Erfahrungen in Tirol zurückgreifen und in Kenntnis der Wichtigkeit der Angelegenheit ein eindrucksvolles Ergebnis insofern erzielen, als nur 10% der Ländervorschläge (vorerst) vom Bund nicht weiter verfolgt werden.

Das Sachgebiet Verwaltungsentwicklung war sohin im Rahmen der Bundesstaatsreform nur am Rande eingebunden. In der 10. Steuerungsgruppensitzung von TIVES am 12. Mai 2010 wurde nämlich beschlossen, ein neues Modul „Bundesstaatsreform“ unter der Leitung von Herr HR Mag. Johannes Tratter einzurichten.

Das gemeinsame Dach im Rahmen der Verwaltungsreform in der Tiroler Landesverwaltung bildet bekanntlich seit dem Jahr 2005 TIVES – die Tiroler Verwaltungs-Entwicklungs-Strategie. Diese besteht aus den Modulen

- **Führungsinstrumente** (Leitung Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Dietmar Schennach);
- **Personal** (Leitung HR Dr. Johannes Pezzei, Vorstand der Abteilung Organisation und Personal);
- **Flexibilisierung** (Leitung HR Dr. Ida Hintermüller, Vorständin der Abteilung Finanzen);
- **Bürgerorientierung** (Leitung Bezirkshauptmann Dr. Michael Berger, vormals Modul Qualität [weitgehend abgeschlossen] seinerzeitige Leitung Bezirkshauptmann Dr. Herbert Hauser);
- **Aufgabenreform und Deregulierung** (Leitung HR Dr. Gerhard Brandmayr, Leiter des Sachgebietes Verwaltungsentwicklung),

Verwaltungsreform  
in Tirol

## TIVES-Projekt

- **IKT und E-Government** (Leitung HR Dr. Wilfried Connert, Sachgebiet Verwaltungsentwicklung) und

- **Bundesstaatsreform** (Leitung HR Mag. Hannes Tratter, Abteilung Justizariat).

Die Gesamtleitung von TIVES obliegt Herrn Landesamtsdirektor Dr. Josef Liener.

19 Projekte wurden im Rahmen von TIVES bereits realisiert, zwölf sind derzeit noch in Ausarbeitung, größtenteils auch vor der Fertigstellung.

Da TIVES dezentral angelegt ist, wird in der Folge nur über jene Projekte berichtet werden, bei denen dem Sachgebiet Verwaltungsentwicklung die Projektleitung zukommt.

Die Tiroler Landesregierung hat in weiterer Umsetzung der Leitziele der Tiroler Verwaltungs-Entwicklungs-Strategie mit Beschluss vom 22. Juni 2010 die Durchführung einer effektiven, den gesamten selbstständigen Wirkungsbereich des Landes Tirol umfassenden Struktur- und Aufgabenreform beschlossen. Durch die Aufgabenkritik mit nachfolgender Aufgabenreduktion soll der budgetäre und personelle Dispositionsspielraum des Landes erhöht werden. Im Regierungsbeschluss ist weiters vorgesehen, dass im Wege der (gegenüber dem Pilotbetrieb nunmehr geänderten) Bottom-up-Methode alle Dienststellen der Landesverwaltung unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Wirkungsorientierung im vorgegebenen Rahmen aktiv an der Umsetzung des Vorhabens mitzuwirken haben und dass ein besonderes Augenmerk auf die geeignete Einbindung der Personalvertretung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ideenfindung gelegt wird.

Zur Durchführung des TIVES-Projekts A3 wurde in der Folge eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Landesamtsdirektors eingerichtet, der insbesondere der Leiter des Büros Landeshauptmann, alle Gruppenvorstände, die Bezirkshauptfrau von Reutte als Vertreterin der Bezirkshauptmannschaften, der Vorstand der Abteilung Verfassungsdienst und die Leitung der Sachgebiete Verwaltungsentwicklung und Innenrevision sowie der Obmann der ZPV angehören.

In der ersten Sitzung dieser Arbeitsgruppe am 22. Juli 2010 wurde ein dreistufiges Vorgehen beschlossen:

Alle Gruppen des Amtes der Landesregierung und die Bezirkshauptmannschaften haben ihre Aufgaben insbesondere auf Basis des

Leistungskataloges in einer speziellen Excel-Liste (Komplettliste) zu beschreiben und anzuführen, ob ein eigenständiger Gestaltungsspielraum besteht, ob die Leistung entfallen oder reduziert werden kann, ob die Möglichkeiten der Ablaufoptimierung oder Verlagerung bestehen, welches Einsparungspotenzial allenfalls in Vollbeschäftigtenäquivalenten oder Geld besteht und ob bei der Leistung eine Detailanalyse durchgeführt werden soll oder nicht. Für den Fall, dass eine Leistung nicht entfallen kann, muss eine ausführliche Begründung gegeben werden.

Bis zur zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe am 10. November 2010 wurden von den Bezirkshauptmannschaften über 240 Leistungen und von den Gruppen des Amtes der Landesregierung 880 Leistungen beschrieben.

Es wurde eine Ideenbox eingerichtet, bei der in der Folge ca. 250 Vorschläge (auch anonym) eingebracht worden sind.

Jede Gruppe des Amtes der Landesregierung hatte 10 bis 15 sog. Quick Wins zu identifizieren, also Maßnahmen, die im selbstständigen Gestaltungsspielraum des Landes liegen, innerhalb von drei Monaten realisiert werden können und Kosteneinsparungen bewirken.

Bei der erwähnten zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe am 10. November 2010 wurden die eigenen Quick Wins und jene aus der Ideenbox von den Gruppenvorständen präsentiert und in weiterer Folge sind diese jeweils auf max. einer Seite bis spätestens 10. Dezember 2010 wie folgt aufzubereiten und dem Landesamtsdirektor vorzulegen:

- a) Beschreibung der Ausgangssituation
- b) Zielsetzung
- c) Vorgangsweise
- d) Aufwand und Nutzen in Geld bewertet
- e) Zeitplan.

Die aufbereiteten Quick Wins werden vom Landeshauptmann gemeinsam mit dem Landesamtsdirektor hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft und bewertet.

Die Komplettliste ist um die Vorschläge aus der Ideenbox (die keine Quick Wins darstellen) und um die Leistungsbeschreibungen/Vorschläge der Bezirkshauptmannschaften sowie um die Ergebnisse des Projekts "Verwaltungskosten senken für Unternehmen" bis 3. Dezember 2010 zu ergänzen und dem Landesamtsdirektor vorzulegen. In der Folge werden von Dezember 2010 bis März 2011 Kleinklausuren durchgeführt, deren Ergebnis

eine Liste mit den weiter zu verfolgenden Vorhaben sein wird. Auch hier bedarf es vor der Umsetzung der Vorschläge der politischen Willensbildung.

#### **TIVES Projekt "ELAK Rollout - Einführung des Elektronischen Akts"**

Der elektronische Akt wird oft als Kernstück von E-Government bezeichnet. Der in der Landesverwaltung verwendete ELAK wurde von der DVT-Daten-Verarbeitung-Tirol GmbH in enger Zusammenarbeit mit den Sachgebieten Verwaltungsentwicklung und Landeskanzleidirektion entwickelt, um Lizenzkosten zu sparen und auf die speziellen Bedürfnisse der Landesverwaltung besser eingehen zu können. Der ELAK ist in die Softwarelandschaft der Landesverwaltung voll integriert, die Komponenten können auch bei der Entwicklung weiterer Fachanwendungen eingesetzt werden. Er unterstützt die Aktenführung, die sichere Dokumentenablage sowie die damit einhergehenden Geschäftsprozesse, insbesondere den Work-flow vom elektronischen Anbringen bis zur elektronischen Zustellung.

Mit Jahresende 2009 begann der Rollout des ELAK. Die Einführung erfolgt tranchenweise bei mehreren Organisationseinheiten parallel. Mittlerweile arbeiten fast 500 Landesbedienstete in 25 Organisationseinheiten mit dem ELAK. An den Bezirkshauptmannschaften wurden die LeiterInnen und weitere MitarbeiterInnen des inneren Dienstes geschult und mit diesen auch die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise getroffen. Schließlich wurden 50 Schulungen durchgeführt und es werden derzeit auch die Kanzleiordnung überarbeitet sowie wichtige E-Government-Funktionen, etwa die Amtssignatur und die duale Zustellung, implementiert.

Der Rollout des elektronischen Aktes bewirkt in den meisten Fällen Änderungen in der Ablauforganisation der Dienststellen, ist also primär ein Organisationsentwicklungs- und kein EDV-Projekt. Der flächendeckende Einsatz des ELAK soll mit Ende 2012 erreicht werden. Ein Schwerpunkt der Weiterentwicklung liegt in die Einbindung des ELAKs in diverse Fachapplikationen z.B. im geplanten elektronischen Flächenwidmungsplan. Mittelfristig soll die Ablage und Archivierung von Papierdokumenten weitestgehend entfallen.

#### **TIVES-Projekt "Elektronische Amtstafel"**

Im Rahmen des TIVES-Teilprojektes "Elektronische Amtstafel" wurde ein einheitlicher und übersichtlicher Bereich an prominenter Stelle der Homepage des Landes für alle Kundmachungen im Rahmen von Ediktalverfahren

geschaffen, der örtlich, systematisch und chronologisch strukturiert ist. Die "Elektronische Amtstafel" wurde am 16. Juni 2010 im Internet frei geschaltet und interessierte Personen haben ab diesem Zeitpunkt die Möglichkeit, bequem von jedem PC mit Internetanschluss aus die wichtigsten Kundmachungen der Abteilungen des Amtes der Tiroler Landesregierung, der Tiroler Bezirkshauptmannschaften und von Sondereinrichtungen des Landes abzurufen. Dieses Service ist von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen worden, weil damit langes Suchen erspart bleibt. Zu Beginn nächsten Jahres ist die Ausweitung auf generelle Rechtsakte geplant, bei denen die Verpflichtung zur Kundmachung auf der Homepage des Landes Tirol besteht.

#### **TIVES-Projekt "Amtssignatur"**

Mit 1. Jänner 2011 müssen sämtliche elektronisch erstellen Erledigungen im Anwendungsbereich des AVG entweder amtssigniert oder händisch unterschrieben bzw. beglaubigt werden, was auch für Kopien gilt. Die Möglichkeit, Erledigungen per Fax oder E-Mail vorzunehmen, ist damit generell nicht mehr gegeben. Ohne Amtssignatur würden sich vor allem Schwierigkeiten bei den Massenverfahren, in denen für den Ausdruck, die Kuvertierung und den Versand die vollautomatisierte Poststraße herangezogen wird sowie bei Bescheiden mit sehr vielen Empfängern, die bisher oft kopiert wurden, ergeben. Die Bescheidzustellung per Fax oder E-Mail war vor allem für dringende Angelegenheiten, z.B. im Fremdenwesen, notwendig, sodass hierfür ein Ersatz im Wege der Amtssignatur geschaffen werden musste.

Im Jahr 2010 wurde die Poststraße „amtssignaturtauglich“ gemacht, weiters konnte in den ELAK die Amtssignaturfunktionalität integriert werden. Um allen übrigen Dienststellen, die an keine Poststraße angebunden sind oder den ELAK noch nicht einsetzen können, ebenfalls die Möglichkeit der Amtssignatur zu bieten, wurde eine Stand-Alone-Applikation mit dieser Funktionalität geschaffen.

#### **Datenschutz und Datensicherheit**

Der Datenschutz nimmt in allen Lebensbereichen einen zunehmend höheren Stellenwert ein. Praktisch jede Woche werden Datenschutzprobleme in den Medien behandelt (zuletzt z.B. Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dass die EU-Transparenz-Datenbank im Bereich der Agrarförderungen gemeinschaftsrechtswidrig ist). Selbstverständlich misst das Sachgebiet Verwaltungsentwicklung als die für den Datenschutz in der Landesverwaltung zuständige Stelle dem Datenschutz hohe Priorität zu. So wurden im Jahr 2010

mehr als 20 Meldungen von Anwendungen an das Datenverarbeitungsregister erstattet (darunter auch die Videoüberwachungen im Landhaus 1 und Landhaus 2), gemeinsam mit der Abteilung Verfassungsdienst werden laufend moderne Datenschutzregelungen zu Entwürfen von Landesgesetzen erarbeitet, viele Stellungnahmen in der Landesverwaltung zu Datenschutzfragen abgegeben und telefonische Auskünfte erteilt sowie auch zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Im Bereich der Datensicherheit wurde insbesondere durch die Festschreibung der Aufgabengebiete der Gruppenansprechpartner, IT-Ansprechpartner und Anwendungsverantwortlichen im Amt der Landesregierung sowie der Anwendungs- und Systemverantwortlichen an den Bezirkshauptmannschaften klare Verantwortlichkeiten – vor allem auch in Bezug auf den Datenschutz und die Datensicherheit – geschaffen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben werden auch Schulungen durchgeführt.

#### **Weitere Neuerungen in TIVES-Projekten**

Wie oben bereits kurz erwähnt, übernahm Herr Bezirkshauptmann Dr. Michael Berger die Leitung des Moduls Bürgerorientierung (vormals Modul Qualität, das weitgehend abgeschlossen ist) und es wurde von der Steuerungsgruppe die vorgelegte Modulstrategie beschlossen, wurde als siebtes TIVES-Modul die „Bundesstaatsreform“ unter der Leitung von HR Mag. Johannes Tratter geschaffen. Konkrete Projekte wurden noch keine in Angriff genommen, Ziele, Strategien und Instrumente sollen erst dann formuliert und beschlossen werden, wenn sich die Entwicklung auf Bundesebene hinreichend klar abgezeichnet hat. Derzeit werden hauptsächlich alle Informationen zum aktuellen, österreichweiten Verwaltungsreform-Prozess gesammelt und koordiniert.

**Elektronischer ZVEA:** Die Buchhaltungsvorfeld-Prozesse sollen digitalisiert und in einen Work-flow eingebunden werden. Das Projekt befindet sich in der Definitionsphase

**KundInnenbefragung an den Bezirkshauptmannschaften:** Es wurde unter der Leitung des Sachgebietes Innenrevision eine einheitliche tirolweite Befragung durchgeführt, derzeit finden die Auswertungen statt.

**Intranet für Interne Kommunikation (IIK):** Landesbedienstete im Landesnetz haben Zugang zum Intranet. Daneben finden sich Informationen, die für eine

Mehrzahl von Bediensteten von Interesse sind, in öffentlichen Ordnern, im Filesystem der Organisationseinheiten oder im WIKI. Ziele dieses TIVES-Projektes sind: Nutzung des Mediums Intranet auch für die Informationsbereitstellung der MitarbeiterInnen der Bezirkshauptmannschaften, Bereitstellung wichtiger Informationen für karenzierte Landesbedienstete aus den Bereichen der Startseite (insbesondere die Informationen zu TIVES, zur Besoldungsreform, zu den MitarbeiterInnengesprächen, Fortbildungsangebote, Stellenausschreibungen, Gleichbehandlung und Personalvertretung), Bereitstellung der Angebote der Zentralpersonalvertretung für Pensionistinnen und für aktive Landesbedienstete außerhalb des Landesnetzes (z.B. Kinderheim Axams, Sozialpädagogisches Zentrum St. Martin, Tirol-Büro Brüssel). Das IIK soll im ersten Quartal 2011 den Betrieb aufnehmen.

#### **Kurzinformationen zu TIVES-Projekten**

**Fuhrparkmanagement:** Unter der Leitung des Sachgebietes Fahrzeug- und Maschinenlogistik befindet sich das TIVES-Projekt Fuhrparkmanagement vor dem Abschluss, der Pilotbetrieb wurde bereits im Herbst 2010 aufgenommen und der Produktivgang soll im ersten Quartal 2011 erfolgen.

**Flexibilisierungsklausel am Tiroler Bildungsinstitut -Grillhof:** Mit der Flexibilisierungsklausel soll für bestimmte Organisationseinheiten des Landes ein freies wirtschaftliches Handeln, ähnlich der Privatwirtschaft, ermöglicht werden. Die Flexibilisierungsklausel soll nicht echte Privatisierungen ersetzen, aber für jene Bereiche eingesetzt werden, in denen eine solche aus verschiedenen Gründen nicht in Frage kommt. Das freie wirtschaftliche Handeln soll zu einer höheren Gesamteffizienz und damit zu geringeren Betriebsabgängen in diesen Einheiten führen. Letztlich soll der öffentliche Haushalt entsprechend entlastet werden.

Insgesamt konnten vom TBI-Grillhof im Projektzeitraum von 2007-2009 eine Flexibilisierungsrücklage in der Höhe von € 556.000,- erzielt werden. Die guten Erfahrungen waren für den Tiroler Landtag am 22. Dezember 2009 ausschlaggebend, die Flexibilisierungsklausel auf die Landwirtschaftliche Lehranstalt Rotholz und das Tiroler Bildungsinstitut-Medienzentrum auszudehnen. Für das TBI-Grillhof entscheidet der Tiroler Landtag noch im Jahr 2010 über eine weitere unbefristete Verlängerung der Flexibilisierungsklausel.

#### **geplante Publikation des Instituts für Föderalismus zu TIVES-Projekten**

Das Institut für Föderalismus erarbeitet derzeit eine Publikation über die Verwaltungsmodernisierung in den Ländern 2010. Tirol hat bereits einen entsprechenden inhaltlichen und redaktionellen Beitrag geleistet. Folgende

TIVES-Projekte wurden in der vom Institut vorgegebenen Struktur und Länge aufbereitet: Einführung des Qualitätssystem Common Assessment Framework (CAF), Flexibilisierungsklausel am TBI-Grillhof, integrierte Besoldungs- und Pensionsreform 2007/2008, E-Government und Führungsinformationssystem Tirol.